

Die Linke

Inhaltsverzeichnis

1 Positionen zu Lobbyismus	1
1.1 Bundestagswahl 2025	1
1.2 Bundestagswahl 2021	2
1.3 Bundestagswahl 2017	2
1.4 Bundestagswahl 2013	3
1.5 Bundestagswahl 2009	3
2 Finanzierung	4
2.1 Rechenschaftsberichte	4
2.2 Top-Spender	4
2.3 Gesamteinnahmen	4
2.4 Sponsoring	6
3 Beteiligungen an Unternehmen	6
4 Seitenwechsler:innen	6
5 Weiterführende Informationen	6
6 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	6
7 Einzelnachweise	7

Positionen zu Lobbyismus

Bundestagswahl 2025

Im Wahlprogramm für die Bundestagswahl 2025 hält Die Linke an ihren Positionen zur strengeren Lobbyregulierung und der Verschärfung des Parteiengesetzes fest. So fordert sie weiterhin eine Deckelung von Spenden von Privatpersonen (max. 25.000€ pro Jahr). Sie will Unternehmensspenden sowie [Parteisponsoring](#) verbieten. Die Linke fordert weiterhin eine [Karenzzeit](#) von mindestens drei Jahren für Bundesminister:innen und parlamentarische Staatssekretär:innen und spricht sich gegen [Lobbyismus an Schulen](#) aus. Außerdem will sie Abgeordnete dazu verpflichten, ihre Nebenverdienste zeitnah zu veröffentlichen, sowie Firmenbeteiligungen zu Beginn des Mandats offenzulegen.^{[1][2]} Im Programm der Linken heißt es weiter:

"Den Gesetzesvorlagen der Bundesregierung muss eine Auflistung der Interessenvertreter*innen sowie der Sachverständigen beigelegt werden, deren Stellungnahmen bei der Erstellung und Erarbeitung berücksichtigt wurden oder die sonst mitgewirkt haben (legislative Fußspur)."^[1]

Hinweis: Diese Forderung deckt sich zum Teil mit dem sogenannten "exekutiven Fußabdruck", den die Ampel-Regierung im März 2024 für Gesetzesentwürfe eingeführt hat. Seit Juni 2024 müssen die Bundesministerien angeben, inwieweit Interessensvertreter:innen *wesentlich* zum Inhalt eines Gesetzesentwurfs beigetragen haben. Die Formulierung lässt jedoch viel Spielraum. Zudem müssen Angaben zu Lobbyeinflüssen nur dann gemacht werden, wenn diese sich tatsächlich auf den finalen Gesetzesentwurf ausgewirkt haben und auch schriftliche Eingaben und Gesprächstermine bleiben weiter intransparent.^[3]

Bundestagswahl 2021

Die Linke hat ihre Positionen hinsichtlich Lobbyismus und Transparenz seit dem Wahlkampf im Jahr 2017 kaum verändert und fordert weiterhin sehr strenge Regelungen für Politiker:innen.

Neu im Parteiprogramm für die Bundestagswahl 2021 sind:^[4]

- Installation einer unabhängigen Lobbybeauftragten zur Aufsicht über das verbindliche [Lobbyregister](#)
- Eine **Legislative Fußspur** soll bei jedem Gesetzesentwurf der Bundesregierung sichtbar machen, welche Interessenvertreter:innen sowie der Sachverständigen gehört wurden, deren Stellungnahmen im Verlauf des Gesetzgebungsprozesses Berücksichtigung fanden.

Die Linken fordern weiterhin ein verpflichtendes Lobbyregister ("nicht nur in der Landwirtschaft"^[4]).

Sie fordern ein Beschäftigungsverbot von Lobbyist:innen in Bundesministerien und - bei Vollzeitparlamenten - von Abgeordneten als bezahlte Interessenvertreter:innen für Dritte.

Dazu fordern sie die Installation einer unabhängigen Lobbybeauftragten zur Aufsicht.

Jedem Gesetzesentwurf der Bundesregierung müsse eine Auflistung der Interessenvertreter:innen sowie der Sachverständigen beigelegt werden, deren Stellungnahmen Berücksichtigung im Verlauf des Gesetzgebungsprozesses fanden (legislative Fußspur).

Die Linke greift Lobbyismus an Schulen an und fordert hier Transparenz und fordert die Verschärfung des strafrechtlichen Tatbestandes der Abgeordnetenbestechung. Zudem sollen Spenden an Abgeordnete und das [Parteisponsoring](#) verboten und Spenden an Privatpersonen auf 25 000 Euro im Jahr begrenzt werden.

Die Linke fordert eine [Karenzzeit](#) für Bundesminister:innen und Parlamentarischen Staatssekretär:innen von drei Jahren bzw. für die Dauer des gesetzlichen Anspruchs des staatlich gewährten Übergangsgeldes, bevor sie in Unternehmen wechseln, mit deren wirtschaftlichen Interessen sie zuvor politisch befasst waren.^[4]

Bundestagswahl 2017

Die Linke engagiert sich seit langem für mehr Lobbykontrolle und geht dabei in mehreren Punkten weiter als die anderen Parteien.

- Lobbyismus an Schulen von der Partei als einzige aufgegriffen^[5]
- verpflichtendes Lobbyregister
- verbindliche Sperrfrist von drei Jahren für Politiker:innen und Spitzenbeamte, die in Lobbyjobs wechseln wollen ([Karenzzeit](#)).
- Verbot der Beschäftigung von Lobbyist:innen in Ministerien^[6]
- Verbot von Nebentätigkeiten bei „Unternehmen und Lobbyorganisationen“ in Vollzeit-Parlamenten wie dem Bundestag verbieten
- Offenlegung von Nebeneinkünften auf Euro und Cent
- Verschärfung des Gesetzes gegen Abgeordnetenbestechung weiter verschärfen.
- Im Bereich Parteienfinanzierung fordert Die Linke, sowohl Parteisponsoring als auch Parteispenden von Unternehmen ganz zu verbieten. Für natürliche Personen soll eine Spenden-Obergrenze von 25.000 Euro gelten. In ihrer Bundessatzung hat sie festgelegt, selbst grundsätzlich keine Unternehmensspenden anzunehmen, wobei der Parteivorstand im Einzelfall Ausnahmen beschließen kann.^[6] Laut dem letzten vorliegenden Rechenschaftsbericht bekam Die Linke in 2018 Unternehmensspenden in Höhe von 2.228 Euro.

Teilweise gemeinsam mit den Grünen hat die Linke in der 19. Wahlperiode Parlamentarische Initiativen für ein Lobbyregister und für schärfere Regeln bei der Parteienfinanzierung (die von der Großen Koalition zurückgewiesen wurden)^[7]

Bundestagswahl 2013

Die Linke geht im Kapitel V ihres [Bundestags-Wahlprogramms 2013](#) auf vielen Themen der Lobbyregulierung ein. Die Linke schlägt dort vor:

- ein verpflichtendes Lobbyregister
- eine Karenzzeit für Minister*innen und Staatssekretär*innen von 5 Jahren, in der nach dem Ausscheiden aus dem Amt keine Tätigkeit in Unternehmen aufgenommen werden darf, mit „deren wirtschaftlichen Interessen sie vorher befasst waren“
- Parteienfinanzierung: Hier wird im Wahlprogramm lediglich das Sponsoring erwähnt, das kein „Mittel der Einflussnahme“ sein solle
- eine Offenlegung von Nebeneinkünften auf Euro und Cent sowie ein Verbot für Abgeordnete, bei Unternehmen oder Lobbyorganisationen zu arbeiten
- Abgeordnetenbestechung stärker unter Strafe stellen
- ein Beschäftigungsverbot für Lobbyist*innen in Bundesministerien

Mit Blick auf die Bundestagswahl 2013 hat [LobbyControl](#) die 5 Bundestags-Parteien um Stellungnahme gebeten. Sie sollten Auskunft darüber geben, was sie zu den Themen Einführung eines [Lobbyregisters](#), [Karenzzeiten](#) („Abkühlphasen“) für scheidende Politiker*innen, Abgeordnetenkorruption und [Nebeneinkünfte von Abgeordneten](#) nach der Wahl tun werden. Die ausführliche Auswertung der Antworten der Parteien findet sich auf der Seite von LobbyControl.^[8]

- Fazit von LobbyControl zur Stellungnahme der Linken

Die Linke teilt in vielen Punkten die Forderungen von LobbyControl. Bei der Parteienfinanzierung sind sich die Linke und LobbyControl einig, dass die Gefahr des einseitigen Einflusses finanzstarker Spender*innen /Sponsor*innen minimiert werden muss. Hier gibt es allerdings unterschiedliche Vorstellungen über den richtigen Ansatz dazu. Ähnlich sieht es bei den Karenzzeiten für Spitzenpolitiker*innen aus. Hier setzt die Linke andere Schwerpunkte.

Bundestagswahl 2009

Mit Blick auf die Bundestagswahl 2009 hatte [LobbyControl](#) die 5 Bundestags-Parteien ebenfalls um Stellungnahme gebeten. Sie sollten darüber Auskunft geben, was sie zu den Themen Einführung eines [Lobbyregisters](#), [Karenzzeiten](#) („Abkühlphasen“) für scheidende Politiker*innen, [Lobbyisten in Ministerien](#) und [Nebeneinkünfte von Abgeordneten](#) nach der Wahl tun werden. Die vollständigen Antworten der Parteien und eine detaillierte Auswertung finden sich auf der Webseite von [LobbyControl](#) ^[8]

Das Fazit von LobbyControl zu den Auskünften der Linken lautete: *Die Linke zeigt große Übereinstimmungen mit den Forderungen von LobbyControl, geht teilweise sogar darüber hinaus.* ^[8]

Finanzierung

Die Linke erhielt seit dem Jahr 2000 insgesamt 37.913.014,72 Euro an Parteispenden von jeweils über 10.000 Euro, davon 156.600 Euro von dem Verein der Bundestagsfraktion DIE LINKE e.V.. Seit 2015 nimmt die Linke laut Satzungsbeschluss grundsätzlich keine Spenden von Unternehmen mehr an.^[9] Ein Überblick über die gesamten Finanzierungsquellen der Parteien findet sich im Artikel [Parteienfinanzierung](#).

Rechenschaftsberichte

Die Parteien müssen nach dem deutschen Parteispendengesetz § 23 ff. Rechenschaft für ihre Finanzen ablegen, indem sie einen Rechenschaftsbericht verfassen, der von der Bundestagsverwaltung geprüft und veröffentlicht wird. Diese Rechenschaftsberichte werden erst im jeweils übernächsten Jahr veröffentlicht. Sie enthalten u.a. alle Spenden ab einer Grenze von 10.000€. Spenden unterhalb dieser Grenze bleiben in Deutschland intransparent.

Rechenschaftsberichte der Linken ab 2012

nach Jahren sortiert
Rechenschaftsbericht 2012
Rechenschaftsbericht 2013
Rechenschaftsbericht 2014
Rechenschaftsbericht 2015
Rechenschaftsbericht 2016
Rechenschaftsbericht 2017
Rechenschaftsbericht 2018
Rechenschaftsbericht 2019
Rechenschaftsbericht 2020
Rechenschaftsbericht 2021
Rechenschaftsbericht 2022
Rechenschaftsbericht 2023
Rechenschaftsbericht 2024

Top-Spender

Bei den Topspendern der Linken in den Jahren 2020-2024 handelt es sich zum überwiegenden Teil um Bundestags- und Landtagsabgeordnete der Partei selbst. Bei diesen finanziellen Zuwendungen handelt es sich um Mandatsträgerbeiträge (siehe dazu [Parteienfinanzierung](#)).

Die Linke erhielt 2024 eine Großspende von dem Verein "Campact e.V." über 96.600 Euro.

Zudem erhielt die Linke 2021 von der Privatperson Helmtraut Klara 56.000 Euro.

Weitere Spender der Linken sind über unsere [Parteispenden-Datenbank](#) recherchierbar.

Gesamteinnahmen

Die **Gesamteinnahmen der Linken** setzten sich in den letzten Jahren wie folgt zusammen:

Art der Einnahmen	2024		2023		2022		2021		2020		2019			
	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %		
Mitgliedsbeiträge	9,8	32,9	9,4	25,5	10,4	35,2	10,8	32,5	10,6	31,6	10,4	30,5		
	9	9	4	3	3	9	5	5	5	2	5	5		
Mandatsträgerbeiträge	4,3	14,5	4,8	13,0	5,	17,1	5,5	16,6	5,4	16,2	5,2	15,2		
	5	1	4	9	1	9	4	1	6	1	2	5		
Spenden von natürlichen Personen	3,1	10,3	1,9	5,2	2,1	7,1	3,1	9,	2,4	7,1	2,7	8,1		
	0	4	3	3	1	3	3	4	2	7	7	0		
Spenden von juristischen Personen	0,1	0,4	0,	0,	0,0	0,0	0,	0,	0,	0,0	0,	0,		
	2	0	0	0	1	3	0	0	0	1	0	0		
Aus Unternehmenstätigkeit und Beteiligungen	0,0	0,0	0,	0,	0,	0,	0,	0,	0,	0,	0,	0,		
	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0		
Aus sonstigem Vermögen	0,1	0,4	0,1	0,3	0,0	0,1	0,0	0,2	0,0	0,1	0,0	0,2		
	2	1	1	1	5	5	8	4	6	8	8	4		
Aus Veranstaltungen, Publikationen und Sponsoring	0,0	0,3	0,1	0,3	0,1	0,3	0,0	0,1	0,0	0,1	0,1	0,5		
	9	2	1	2	1	9	5	5	5	6	8	2		
Staatliche Mittel	11,1	37,2	13,9	37,7	10,	36,1	12,	37,	14,1	42,0	14,	42,0		
	5	1	5	3	7	9	6	8	7	7	4	7		
Sonstige	1,1	3,8	6,5	17,7	1,08	3,6	1,0	3,2	0,8	2,5	1,	3,2		
	4	2	8	9		4	8	4	7	8	2	7		
Summe	29,98 Mio € 36,97 Mio € 29,57 Mio € 33,32 Mio € 33,68 Mio € 34,21 Mio €													
Art der Einnahmen	2018		2017		2016		2015		2014		2013		2012	
	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %
Mitgliedsbeiträge	10,4	31,5	10,0	31,7	9,6	32,4	9,3	33,	9,2	34,	9,1	33,	9,3	31,
	7	9	4	8	3	6	5	5	8	2	5	2	6	4
Mandatsträgerbeiträge	5,0	15,3	4,8	15,3	4,6	15,6	4,4	15,	3,7	13,	3,5	12,9	3,	12,
	9	4	4	3	3	2	4	9	6	9	8	7	7	5
Spenden von natürlichen Personen	1,9	5,9	2,6	8,4	2,2	7,4	1,	6,	2,2	8,	2,4	9,0	1,	6,
	6	2	8	9	1	4	9	8	5	3	8	1	9	4
Spenden von juristischen Personen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,03	0,1	0,8	0,3	0,0	0,1
	0	1	0	1	0	1	0	1	5	3	5	1	3	2
Aus Unternehmenstätigkeit und Beteiligungen	0	0	0,	0,3	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
			1	2										
Aus sonstigem Vermögen	0,0	0,1	0,0	0,1	0,0	0,2	0,11	0,4	0,1	0,5	0,1	0,6	0,	0,
	3	0	3	1	8	7	7	2	4	1	7	1	3	1

Aus Veranstaltungen, Publikationen und Sponsoring	0,2 1	0,6 3	0,2 6	0,8 4	0,2 7	0, 9	0,2 5	0, 9	0,2 4	0, 9	0,24 4	0,8 8	0,2 4	0, 8
Staatliche Mittel	14,4 2	43, 5	12, 2	38,6 2	11,5 2	38,8 3	10,9 6	39, 2	10, 7	39, 5	11,1 4	40, 4	12, 2	41, 2
Sonstige	0,9 6	2,9 1	1,4 2	4, 5	0, 7	1,3 2	4,4 7	3, 3	0, 7	2, 7	0,7 2	2,6 3	2, 0	6, 6
Summe	33,15 Mio €		31,6 Mio €		29,67 Mio €		27,95 Mio €		27,2 Mio €		27,6 Mio €		29,8 Mio €	

Quellen:^[10]^[11]

Sponsering

Die Linke schließt das Sponsering ihrer Parteitage durch Unternehmen und Lobbyverbände aus.^[12]

Beteiligungen an Unternehmen

Laut [Rechenschaftsbericht 2022](#) hält die Die Linke Beteiligungen an den folgenden Unternehmen:

- Vulkan Gesellschaft für Grundbesitz mbH, Bewertung: ca. 184 Tsd. Euro
- Förderative Verlags-, Consulting- und Handelsgesellschaft mbH - FEVAC, Bewertung: ca. 852 Tsd. Euro
- Hotel am Wald GmbH, Bewertung: 1 Euro

Seitenwechsler:innen

In der Übersicht [Seitenwechsler:innen im Überblick](#) finden sich keine Politiker:innen der Partei Die Linke, die in die Privatwirtschaft gewechselt sind und in die Kategorie Seitenwechsler:innen fallen.

Weiterführende Informationen

- [Allgemeine Informationen zur Parteienfinanzierung auf der Webseite des Bundestages](#)
- [Kein Lobbyismus im Klassenzimmer: Überraschende Debatte im Bundestag](#), LobbyControl.de vom 04.10.2017, abgerufen am 29.04.2020
- [Abschiedsrede: Wirecard ist ein Lobbyismus-Skandal!](#), youtube.de, abgerufen am 27.12.2021.
- [Friedrich Straetmanns, DIE LINKE: Das Lobbyregister der Regierung gleicht einem Schweizer Käse](#), youtube.de, abgerufen am 28.12.2021.

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ ^{1,01,1} [Wahlprogramm Die Linke 2025](#), die-linke.de, abgerufen am 18.02.2025
2. ↑ [Transparenz-Check der Parteien zur Bundestagswahl 2025](#), abgeordnetenwatch.de, 31.01.2025, abgerufen am 18.02.2025
3. ↑ [Bundesregierung beschließt Lobby-Fußspur für Gesetze](#), lobbycontrol.de, 06.03.2024, abgerufen am 18.02.2025
4. ↑ ^{4,04,14,2} [Die Linke Bundestagswahlprogramm 2021](#), abgerufen am 27.12.2021.
5. ↑ [Kein Lobbyismus im Klassenzimmer: Überraschende Debatte im Bundestag](#), LobbyControl.de vom 04.10.2017, abgerufen am 29.04.2020
6. ↑ ^{6,06,1} [Programm der Linken zur Bundestagswahl 2017](#), abgerufen am 28.12.2021
7. ↑ [Linke und Grüne wollen verpflichtendes Lobby-register einführen](#), Bundestag.de, abgerufen am 29.04.2020
8. ↑ ^{8,08,18,2} [Wahlprüfsteine 2013 - Wie wollen die Parteien Lobbyismus kontrollieren?](#), lobbycontrol.de, abgerufen am 29.04.2020
9. ↑ [Beschluss der 3. Tagung des 4. Parteitages](#), abgerufen am 29.04.2020
10. ↑ [Rechenschaftsberichte der Bundestagsparteien](#), bundestag.de, abgerufen am 30.04.2020
11. ↑ [Rechenschaftsbericht der Partei DIE LINKE für das Kalenderjahr 2021](#) die-linke.de, abgerufen am 05.02.2023
12. ↑ [\[1\]](#), die-linke.de, abgerufen am 07.06.2022